

Antrag

der Abgeordneten Nicole Bauer, Frank Sitta, Dr. Gero Clemens Hocker, Carina Konrad, Karlheinz Busen, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann und der Fraktion der FDP

Mehr Bildung, Bewegung und besseres Essen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Verantwortung für seine Ernährung liegt immer zuerst bei den einzelnen Verbrauchern. Er hat in Deutschland die Möglichkeit, aus Millionen von hochwertigsten Lebensmitteln auszuwählen, über deren Inhaltsstoffe eine sehr hohe Transparenz existiert. Jede staatliche Initiative zu gesünderer Ernährung würde scheitern, wenn der Bürger nicht auch selber den Antrieb und die Bereitschaft besitzt, sich kritisch mit seiner eigenen Ernährung auseinanderzusetzen. Die Fokussierung auf einen vermeintlich fürsorgenden Staat, der dem Bürger die Entscheidung über seine Ernährung und den damit verbundenen Genuss abnimmt, statt auf einen kritischen Verbraucher, ist nicht kompatibel mit dem Menschenbild unserer liberalen Gesellschaft.

Trotz der vielen Bildungs- und Aufklärungsmöglichkeiten, die eigenverantwortliches Handeln erst ermöglichen, sind in Deutschland rd. 15 % aller Kinder und Jugendlichen übergewichtig, die Hälfte davon sogar adipös. Hinzu kommt, dass der Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen zunimmt. 70 % erreichen die Bewegungsziele, die die WHO vorgibt nicht. Laut der aktuellen KiGGS-Studie steigt die Anzahl der „Bewegungsmuffel“ kontinuierlich weiter. Auf der anderen Seite führen durch die Medien vorgelebte, vermeintliche Schönheitsideale zu verschiedensten Essstörungen. Die Folgekosten dieser Entwicklungen sind für das Gesundheitssystem immens. Allein die Kosten durch eine unausgewogene Ernährung belaufen sich auf rd. 17 Mrd. Euro jährlich.

Zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit von Kindern und Jugendlichen wollen wir daher die Bildungsangebote und die Qualität des angebotenen Essens an Orten der öffentlichen Versorgung verbessern. Zudem müssen Erwachsene künftig stärker eingebunden werden, denn die von ihnen vorgelebten Verhaltensweisen werden oftmals von den Kindern übernommen, wodurch diese für viele Lebensjahre geprägt werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. gemeinsam mit den Bundesländern die für Ernährungsbildung und -beratung vorgesehenen Haushaltsmittel fokussiert für eine systematische Bildungsoffensive in Kindertagesstätten (Kitas) und Schulen einzusetzen, um frühzeitig Ernährungswissen zu vermitteln. Sie sollte Länder ebenso ermutigen, sicherzustellen, dass Sportunterricht regulär stattfindet und auf diesem auch das Problemfeld Bewegungsmangel und Übergewicht zu adressieren;
 2. in diese Bildungsoffensive auch die Erwachsenenbildung einzubeziehen, da das Ernährungs- und Einkaufsverhalten der Eltern eine zentrale Rolle für Kinder spielt und häufig von ihnen übernommen wird. Eltern sind und bleiben Vorbilder. Es ist notwendig, integrative Projekte ins Leben zu rufen, bei denen neben den Kindern auch die Eltern erreicht werden, um diese für eine gesunde Lebensweise zu sensibilisieren. Dieser Aspekt der Weiterbildung sollte wesentlich mehr in den Fokus gestellt werden als bisher;
 3. im Rahmen bestehender und zukünftiger Projekte darauf hinzuwirken, dass Eltern gezielt auf lokale Programme und Angebote aufmerksam gemacht werden. Dies ist insbesondere dann sinnvoll, wenn sich Eltern in einer sogenannten „Übergangsphase“ befinden – beispielsweise während einer Schwangerschaft, bei der Einschulung des Kindes etc. – und sie Veränderungen gegenüber sensibel sind;
 4. gemeinsam mit den Bundesländern die staatlich unterstützten Einrichtungen, wie beispielsweise Ernährungsberatungsstellen, verlässlich zu fördern, um den Erfolg der jeweiligen Einrichtung nachhaltig zu sichern;
 5. im Rahmen der Mittel des Aktionsplans IN FORM für eine gesunde Ernährung in Kitas, Schulen, Pflege- und Seniorenheimen zu sorgen, indem eine dezidierte nationale Strategie für genannte Zielgruppen erarbeitet bzw. nach einem Monitoring nachgebessert wird. Eine ausgewogene Gemeinschaftsverpflegung ist anzustreben;
 6. sich für die Ausweitung und finanzielle Aufstockung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel einzusetzen. Eine bundeseinheitliche Ausgestaltung des Programms ist anzustreben. Nur so kann sichergestellt werden, dass überall gleiche Voraussetzungen herrschen und das Bewusstsein über Wertschöpfung für unverarbeitete Lebensmittel in gleichem Maße vermittelt wird;
 7. gemeinsam mit den Bundesländern weiterhin auf Verhaltensprävention zu setzen. Verhaltensprävention besteht beispielsweise aus einem Angebot für Bewegung oder gesündere Ernährung – diese Angebote kommen erwiesenermaßen an der richtigen Stelle an (Beispiel: Angebot von Trinkwasser und anderen ungesüßten Getränken in Schulen und Kitas);
 8. bei den Ländern darauf hinzuwirken, ein bewegungsfreundliches Umfeld in Schulen zu schaffen. Regelmäßige Evaluationen sollen den Fortschritt monitoren, sowohl den Aus- oder Umbau der Schulhöfe wie auch die Bewegungsfreudigkeit der Schüler.

Berlin, den 7. Mai 2019

Christian Lindner und Fraktion